

# E&M daily

DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

## ★ TOP-THEMA



Bild: egepp/forofia

## Regierung ändert das EEG und KWKG

Die Senkung der Höchstvergütungen bei Wind und Photovoltaik sowie Entlastung des Eigenverbrauchs bei der KWK sind wichtige Ziele eines Gesetzentwurfs des Bundeswirtschaftsministeriums. **VON ANGELIKA NIKIONOK-EHRLICH**

Der „Entwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und weiterer Bestimmungen des Energierechts (EEG-/KWKG-Änderungsgesetz)“, so der Titel, „bündelt verschiedene, eilige Gesetzgebungsvorhaben aus dem Energiebereich“, heißt es im Vorspann zu den Regelungen, die das BMWi in die Ressortabstimmung gegeben hat und die E&M vorliegen. Das Gesetz sei erforderlich, um auf die Preisentwicklung in den Ausschreibungen zu reagieren und um das EEG 2017, das KWKG und das Energiewirtschaftsgesetz an die europäischen Vorgaben anzupassen. Das Bundeskabinett soll den Gesetzentwurf voraussichtlich am 9. Mai beschließen, die Verabschiedung des Gesetzes im Parlament noch vor der Sommerpause erfolgen.

### Höchstwert 5,70 Ct/kWh für Onshore-Wind, 6,50 Ct/kWh für PV

Mit der EEG-Änderung in den Paragraphen 36b, Abs.1 und 37b, Abs. 1 soll angesichts der in den vergangenen Auktionen stark gesunkenen

Preise für die kommenden Ausschreibungsrunden der Onshore-Windkraft (1. August und 1. Oktober 2018 sowie 1. Februar 2019) der Höchstwert auf 5,70 Ct/kWh für den Referenzstandort festgelegt werden.

Damit wird der ursprünglich im EEG enthaltene Ausgangswert von 7 Ct/kWh signifikant abgesenkt. „Der Wert wird damit einmalig um 10 % abgesenkt. Dies entspricht dem maximalen Spielraum, den die Bundesnetzagentur in der Festlegungskompetenz in § 85a EEG 2017 erhalten hat. Gleichzeitig entspricht er den Zuschlagswerten der ersten Ausschreibungsrunde von Mai 2017“, wird dazu erläutert.

Für Photovoltaik-Anlagen soll künftig ein Höchstwert von 6,50 Ct/kWh gelten, gegenüber vorher 8,91 Ct/kWh. „Der neue Höchstwert entspricht dem durchschnittlichen Zuschlagswerten aller sechs Ausschreibungsrunden aus den Jahren 2016 und 2017“, heißt es dazu. Zudem soll die jährliche Anpassung des Höchstwertes bei Solaranlagen künftig in Abhängigkeit vom Zubau von Dachanlagen unter 750 KW Leistung er-

## Inhalt

<b>Kommentar:</b>	
Schlechter Auftakt	<b>S. 3</b>
<b>Rechtsstreit um</b>	
Netzrenditen geht weiter	<b>S. 4</b>
<b>Kritik und Lob für Beschwerde</b>	
der Bundesnetzagentur	<b>S. 5</b>
<b>Regierung hält am</b>	
EU-Emissionshandel fest	<b>S. 5</b>
<b>Kabinett beschließt Verordnung</b>	
für einheitliche Netzentgelte	<b>S. 7</b>
<b>Drei Vorsitzende für</b>	
Kohle-Kommission?	<b>S. 7</b>
<b>Reinigungskräfte werden zu</b>	
Energieberatern	<b>S. 7</b>
<b>Umfrage zur Datenschutzgrund-</b>	
verordnung	<b>S. 8</b>
<b>Neue Geschäftsführer für</b>	
Landis+Gyr	<b>S. 8</b>
<b>Erneuerbare günstiger</b>	
als Kernkraft	<b>S. 9</b>
<b>Frisches Geld für PNE Wind</b>	<b>S. 9</b>
<b>Allego startet Europa-Projekt</b>	
für Elektromobilität	<b>S. 9</b>
<b>Kraftwerk Lünen gut</b>	
ausgelastet	<b>S. 10</b>
<b>Schleswig-Holstein Netz AG</b>	
mit stabilen Zahlen	<b>S. 10</b>
<b>MVV übernimmt Biovergärungs-</b>	
anlage in Dresden	<b>S. 10</b>
<b>Gazprom macht der Ukraine</b>	
Hoffnung	<b>S. 11</b>
<b>Start für Wasserstoff-Projekt</b>	
H2Future	<b>S. 11</b>
<b>Erneuerbare immer</b>	
wichtiger	<b>S. 11</b>
<b>Verbände fordern klare Regeln</b>	
für Glasfaserausbau	<b>S. 12</b>

# E&M daily

folgen, die nicht dem Ausschreibungsregime unterliegen (atmender Deckel).

## Offshore-Ausbauziel bleibt ohne Anhebung

Vergeblich sucht man in dem Gesetzentwurf die im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vereinbarten Sonderausschreibungen für Wind und Solar von „je 4000 MW Onshore-Windenergie und Photovoltaik“ sowie einem nicht näher bezifferten Offshore-Windenergiebeitrag, die „je zur Hälfte“ in 2019 und 2020 wirksam werden sollten und „eine CO<sub>2</sub>-Senkung von acht bis zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>“ für das Klimaschutzziel 2020 erbringen sollten.

Mit einer Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) wird klargestellt, dass sich das Ausbauziel für Windenergie auf See nur auf die installierte Leistung von solchen Anlagen bezieht, die an das Netz angeschlossen werden. Das Ausbauziel selbst bleibt unverändert bei 15 000 MW bis 2030. Eine mit Blick auf die Klimaschutzziele notwendige Anhebung des Ziels erfolgt „demnach erst zu einem späteren Zeitpunkt im Kontext des nächsten Netzentwicklungsplans“. Dafür werde die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der einen Vorschlag vorlegen, heißt es weiter.

Mit einer Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) 2016 will das BMWi unter anderem die missliche Situation der KWK-Eigenversorgung bereinigen. Deren Wirtschaftlichkeit war durch das Auslaufen der Teil-Befreiung von der EEG-Umlage für Neuanlagen massiv infrage gestellt. Laut dem neuen Paragraphen 61b sollen nun KWK-Anlagen, in denen „ausschließlich erneuerbare Energien oder Grubengas eingesetzt“ nur mit 40 % der EEG-Umlage belastet werden.

Für alle anderen KWK-Neuanlagen zur Eigenstromerzeugung soll die Frage der Vergünstigung in einer Erweiterung des Paragraphen 61 EEG geregelt werden, die aber noch nicht komplett ausgeführt ist. Hier will man das Ergebnis der laufenden Verhandlungen mit der EU-Kommission über die Konformität mit dem Beihilferecht abwarten und den Paragraphen dann dahingehend ergänzen. „Mit der in diesem Gesetz vorgelegten Neuregelung soll die Privilegierung so weit wie möglich wieder hergestellt werden“, betont das Ministerium. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Regelung wiederum von Brüssel genehmigt werden muss.

## Absenkung der Vergütung für Bestandsanlagen

Im KWKG wird die Förderung von KWK-Bestandsanlagen entsprechend dem Ergebnis der Evaluierung nach Paragraph 34, Abs. 1, KWKG

abgesenkt: von derzeit 1,5 ct/kWh auf 0,7 ct/kWh. „Die Anpassung ergibt sich aus den Vorgaben der beihilferechtlichen Genehmigung vom 24. Oktober 2016.“

Zudem wird klargestellt (§ 5 Abs. 1 KWKG), dass auch für förderfähige Modernisierungen von Anlagen in den Ausschreibungen eine Wartezeit von 10 Jahren gilt. Die Kumulierung von Investitionsbeihilfen mit der Förderung nach dem KWKG wird fortan ausgeschlossen (§ 7, Abs. 6 KWKG).

## Kapazitätsreserve wird verschoben

Durch eine Änderung in Paragraph 13e EnWG wird der Beginn der Kapazitätsreserve um ein Jahr verschoben, „weil eine Ausschreibung zum 1. Oktober 2018 nicht mehr mit ausreichend Vorlauf möglich ist“. Die Größe ist auf 2000 MW festgelegt, es ist kein schrittweiser Aufbau mehr vorgesehen. „Die Beschaffung von mehr als 2 Gigawatt Reserveleistung ist nur nach vorheriger beihilferechtlicher Genehmigung möglich“, heißt es dazu.

Angesichts „drohender Versorgungsengpässe“ mit L-Gas durch Produktionseinschränkungen oder -stilllegungen (vor allem in den Niederlanden) soll mit einer EnWG-Änderung (§§ 17 und 18) die Anschlusspflicht für L-Gas von Netzbetreibern gegenüber Letztverbrauchern gelockert werden.

## E&M powernews

### Bestens informiert über den Energiemarkt!

Das Informationsportal für die Energiewirtschaft. Informationen und Marktdaten in Echtzeit. Ihre tägliche Informationsquelle am Arbeitsplatz – und Ihr Online-Archiv für umfassende Recherchen.

Ein **individuelles Multilizenzangebot** für Ihr Unternehmen erhalten Sie hier: **+49(0) 8152 9311-77** oder **vertrieb@emvg.de**

**E&M powernews**

**Inhalt**

- POLITIK**
  - Österreich: Strot um Farmidme für Graz beendet
  - Recht: EUGH stärkt kommunale Selbstverwaltung
- MARKTKOMMENTAR**
  - Gas: Faktor
  - Strom: Wenig Bewegung
  - Strom: BDEW-Studie zum Heizen in Mehrfamilienhäusern
- UNTERNEHMEN**
  - Unternehmen: Neuer Partner für Südweststrom
  - Strom: Enervis warnt vor Preiszonenaufteilung

**Halle Frau Wirtz,**  
herzlich willkommen zur neuesten Ausgabe Ihrer E&M powernews VPH-Mail. Viel Vergnügen beim Lesen.

**E&M POWERNEWS**  
Schon ab 50€ pro Nutzer\*

\*im Multilizenzpaket für 20 Mitarbeiter

# E&M daily

## Kommentar: Schlechter Auftakt

Mit seinem Gesetzesentwurf für eine Mini-EEG-Novelle bleibt Wirtschaftsminister Altmaier hinter den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zurück und brüskiert die Sozialdemokraten.

VON RALF KÖPKE



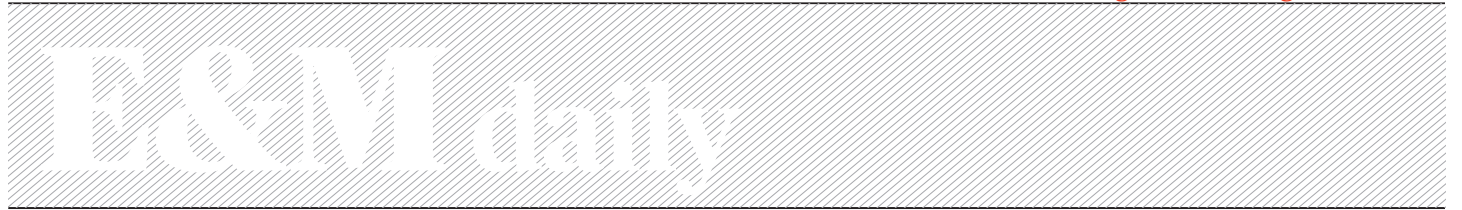
E&M CHEFREPORTER  
RALF KÖPKE

**MEINUNG.** Klima- und energiepolitisch beginnt die neue Große Koalition genauso wie die alte geendet hat: mit ziemlich viel Murks. Was Peter Altmaier, der neue Wirtschafts- und Energieminister, als Gesetzesentwurf für eine Mini-Reparaturnovelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgelegt hat, bleibt deutlich hinter den schwarz-roten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zurück. Dass Svenja Schulze, die neue Bundesumweltministerin mit SPD-Parteibuch, bei der Ressortabstimmung ihr Veto gegen Altmaiers Vorschläge eingelegt hat, ist nachvollziehbar. Es gibt Genossen, die in Altmaiers Entwurf einen Bruch der energiepolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sehen.

So verzichtet der CDU-Energieminister in seinem Entwurf gänzlich auf die zusätzlichen Volumina für die Windkraft an Land und die Photovoltaik bei den anstehenden Ausschreibungsrunden in diesem Jahr. In ihrem

„Ehevertrag“ hatten sich Union und Sozialdemokraten für die kommenden beiden Jahren auf ein Plus von jeweils 4 000 Megawatt Wind- und Solarenergie bei den Auktionen verständigt. Diese zusätzlichen Mengen sollen helfen, so die ursprüngliche Intention, irgendwie noch in die Nähe des für 2020 vereinbarten Klimaziels einer 40-prozentigen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu kommen. Das ist aber nur möglich, wenn die Auktionen für die zusätzlichen Wind- und Solaranlagen so schnell wie möglich organisiert werden - Windturbinen können bekanntlich nicht über Nacht gefertigt und dann errichtet werden. Mit seiner Absage für zusätzliche Ausschreibungsmengen brüskiert der CDU-Energieminister auch die Länderkammer, die sich dafür Anfang dieses Jahres explizit ausgesprochen hatte. Der Vorstoß dafür kam übrigens aus Nordrhein-Westfalen, wo Altmaiers Parteifreund Armin Laschet eine CDU/FDP-Regierung führt.

Unverständlich ist auch, dass Altmaier in seinem Gesetzesentwurf darauf verzichtet, einen der größten Schwachpunkte des bisherigen Ausschreibungsregimes zu korrigieren: Bei den bisherigen Bieterwettbewerben sind die Regionen südlich der Rhein-Main-Linie ziemlich abgehängt worden. Ein flächendeckender Ausbau der Windkraft wird so in den kommenden Jahren nicht stattfinden. Was schlecht für das Gelingen der Energiewende und insbesondere die Akzeptanz der Onshore-Windkraft ist. In Norddeutschland wird daher der Schwerpunkt des weiteren Windkraftausbaus liegen, was die dortige Bevölkerung kaum goutieren dürfte. Mit einer Regionalquote bei den Ausschreibungen ließe sich das offensichtliche Ungleichgewicht bei den Ausschreibungen korrigieren. Davon will Altmaier aber nichts wissen. Windkraft-Investoren südlich der Rhein-Main-Linie erschwert der Bundeswirtschaftsminister zusätzlich das Leben, indem er den Höchstpreis bei künftigen Ausschreibungen von 6,3 auf 5,7 Cent je Kilowattstunde senken will. Bei den damit verbundenen mauen wirtschaftlichen Aussichten dürften sich im Süden immer weniger Stadtwerke, Energieversorger, Energiegenossenschaften und Investoren finden, die sich auf den jahrelangen und beschwerlichen Weg machen, überhaupt noch die Genehmigung für eine Windkraftanlage bekommen zu wollen. Mit Senkung des Höchstpreises will Altmaier anscheinend seiner jüngst geäußerten Vorstellung ein Stück näher kommen, dass erneuerbare Energien bis Mitte der nächsten Dekade keine Förderung mehr brauchen sollten. In Altmaiers jüngst begonnener Amtszeit steht nicht das Mehr an grünen Kilowattstunden im Vordergrund, sondern Stromnetze. Das zeigt sich eindrucksvoll an einer geplanten Änderung im Wind-auf-See-Gesetz. Der dänische Energiekonzern Oersted (ehemals Dong) hatte in den vergangenen Wochen für den Vorschlag geworben, künftig den Strom aus neuen Offshore-Windparks nicht mehr ausschließlich ins Netz einspeisen zu müssen, sondern den Saft an Land beispielsweise in Wasserstoff umzuwandeln und dann zu vermarkten. An dieser möglichen Netzentlastung hat Altmaier anscheinend Gefallen. Ob und wie mit ihm das zwischen Union und Sozialdemokraten vereinbarte 65-Prozent-Ziel bei der Ökostromerzeugung bis 2030 erreicht werden kann, dahinter türmen sich an dem nun vorgelegten Entwurf für das EEG-Reparaturgesetz ein Reihe von Fragezeichen auf.



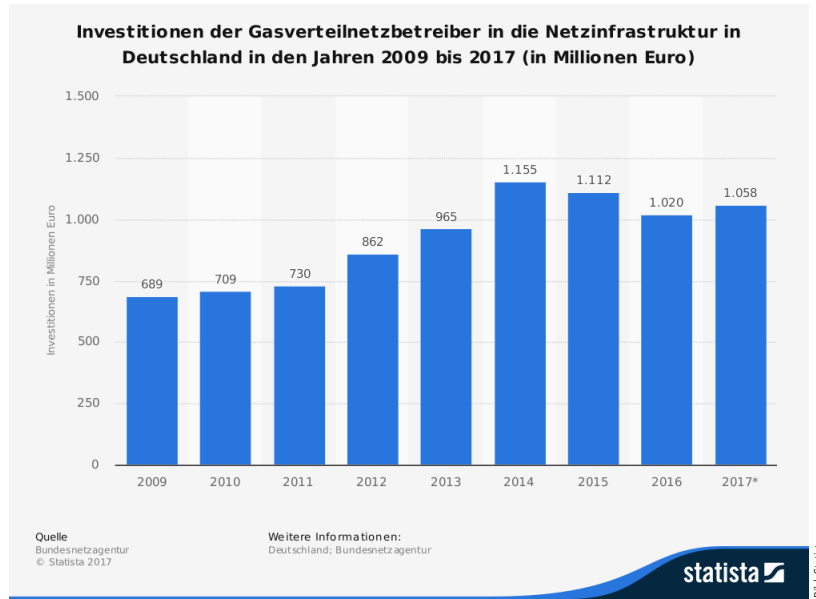
# Rechtsstreit um Netzrenditen geht weiter

Die Bundesnetzagentur hat Beschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf eingelegt, das eine Neufestlegung der Eigenkapitalzinssätze der Netzbetreiber verlangt.

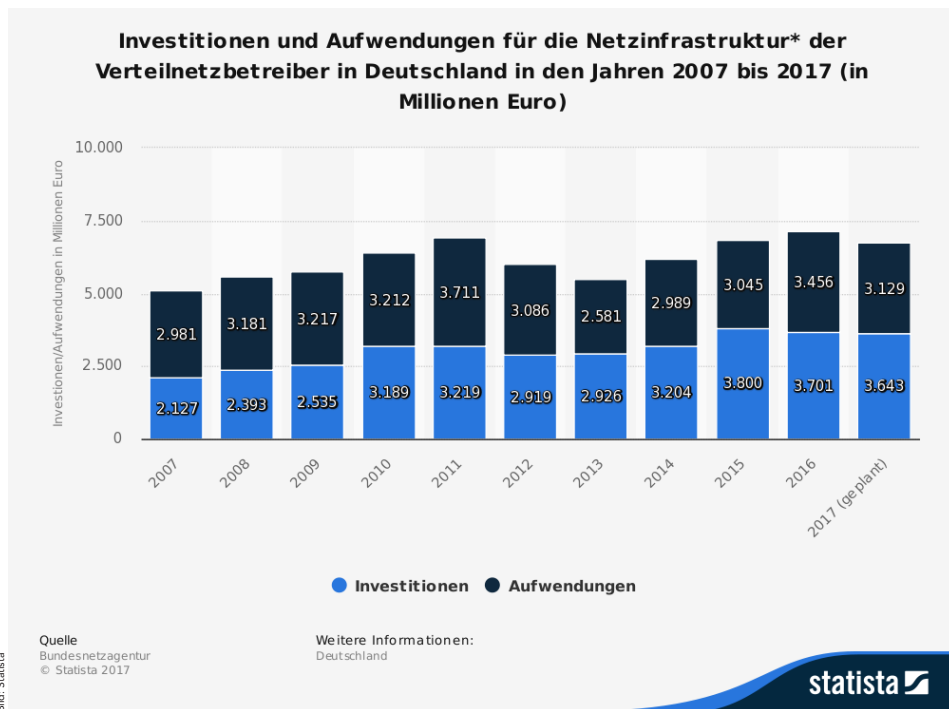
VON FRITZ WILHELM

**REGULIERUNG.** „Die von uns festgelegten Zinssätze stellen aus meiner Sicht eine auskömmliche Grundlage für Investitionen in die Energieinfrastruktur dar. Höhere Renditen sind sachlich nicht angemessen“, erklärte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. In einer Mitteilung der Behörde bezeichnet er sie als „Anwalt der Verbraucher“. Notwendige Infrastrukturinvestitionen müssten zwar attraktiv gemacht werden. Gleichzeitig wolle die Bundesnetzagentur aber auch unsachgemäß hohe Renditen verhindern. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf habe der Vorgehensweise der Bundesnetzagentur in vielen Punkten zugestimmt, heißt es weiter. Bei der Festlegung der Eigenkapitalzinssätze dürften jedoch nicht nur die Interessen der Netzbetreiber eine Rolle spielen. Es müssten auch die Ziele einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Energieversorgung berücksichtigt werden. Ob das Oberlandesgericht dies tatsächlich in rechtlich korrekter Art und Weise gemacht habe, solle nun der Bundesgerichtshof prüfen. Die Bundesnetzagentur sieht nach wie vor keinen fachlichen Fehler bei der Bestimmung der Eigenkapitalzinssätze.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 22. März dieses Jahres die Bundesnetzagentur dazu verpflichtet, die Eigenkapitalzinssätze für Strom- und Gasnetzbetreiber neu festzulegen. Der 3. Kartellsenat bewertete in seinem Urteil die von der Bundesnetzagentur für die dritte Regulierungsperiode festgelegten Eigenkapitalzinssätze als zu niedrig und daher nicht angemessen.



Investitionen der Gasverteilnetzbetreiber in die Netzinfrastruktur in Deutschland in den Jahren 2009 bis 2017 (in Millionen Euro)

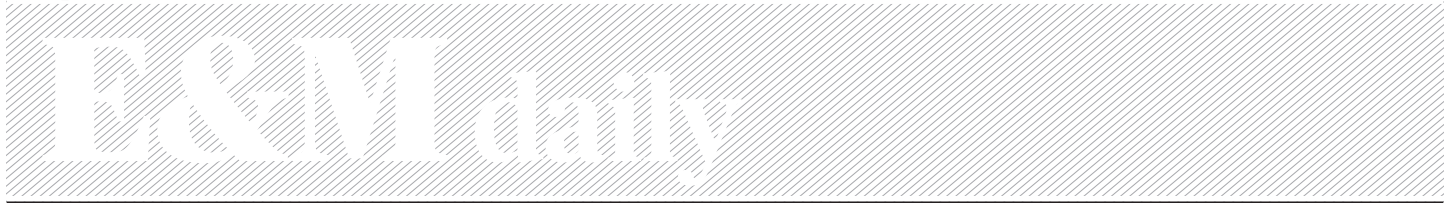


Investitionen und Aufwendungen für die Netzinfrastruktur\* der Verteilnetzbetreiber in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2017 (in Millionen Euro)

Damit folgte das OLG der Argumentation von etwa 1100 Netzbetreibern, die gegen die ursprüngliche Festlegung der Bundesnetzagentur Beschwerde eingelegt hatten. In 29 Musterverfahren musste das Gericht über die Kürzung der Eigenkapitalzinssätze durch die Behörde von 9,05 % auf 6,91 % für Neuanlagen und von 7,14 % auf 5,12 % für Altanlagen entscheiden. Die Werte beziehen sich auf die jeweilige Regulierungsperiode der Jahre 2018 bis 2022 für Gasnetze und 2019 bis 2023 für Stromnetze.

Die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung, in Form von Eigenkapitalzinssätzen für Alt- und Neuanlagen, wird bei der Festlegung der Erlösobergrenzen im Rahmen der Anreizregulierung berücksichtigt und fließt somit in die Ermittlung der Netzentgelte ein.

Der eigentliche Streitpunkt ist die Höhe der Marktrisikoprämie, die ein wesentlicher Bestandteil des Eigenkapitalzinssatzes ist. Die Beschwerdeführer hatten argumentiert, dass diese Marktrisikoprämie nicht auf sachgerechte Weise von der Bundesnetzagentur bestimmt worden sei. Das OLG schloss sich dieser Auffassung an und teilte in seiner Urteilsbegründung mit, die Bundesnetzagentur habe „nicht mit einer wissenschaftlich vertretbaren und rechtlich beanstandungsfreien Vorgehensweise“ die zu berücksichtigenden unternehmerischen Risikofaktoren ermittelt.



## Kritik und Lob für Beschwerde der Bundesnetzagentur

Der BDEW befürchtet nun eine Phase der Unsicherheit. BNE und die Verbrauchszentralen unterstützen hingegen die Regulierungsbehörde, weiter für niedrigere Eigenkapitalzinsen zu kämpfen.

VON FRITZ WILHELM

**REGULIERUNG.** Nachdem die Bundesnetzagentur gegen das Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf zur Festlegung der Eigenkapitalverzinsung bei Gas- und Stromnetzbetreibern Beschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt hat, befürchtet der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) eine Phase der Unsicherheit. Es sei zwar das gute Recht der Behörde, den Rechtsweg voll auszuschöpfen. Angesichts des dringend notwendigen Netzaus- und Umbaus bezeichnete Stefan Kapferer den Schritt als jedoch „sehr misslich“. Es sei unverständlich, warum die Bundesnetzagentur dem Urteil des OLG Düsseldorf nicht folge. „Fakt ist: Die Zinssätze liegen auf einem der letzten Plätze in Europa – und das obwohl Deutschland zu den EU-Staaten mit dem größten Ausbaubedarf zählt“, so der Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

### BDEW: Zinssätze mit Privatanlegern nicht vergleichbar

Marktgerechte, international wettbewerbsfähige kalkulatorische Eigenkapitalzinssätze sind laut Kapferer ein wesentlicher Bestandteil, um die Finanzierung der Netzinfrastruktur sicherzustellen, den erforderlichen Netzausbau zu beschleunigen und damit auch Kosten aus Netzengpässen für die Netznutzer zu verhindern. Neben dem Netzaus- und Umbau im Zuge der Energiewende müsse auch die Sektorkopplung

vorangetrieben werden. Um der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen, müssten die Verteilnetze verstärkt werden. Dies sei nicht „nice to have“, sondern zwingende Voraussetzung, betont der BDEW-Hauptgeschäftsführer. Und auch für die Digitalisierung mit intelligenter Netztechnologie seien hohe Investitionen erforderlich. Alles in allem würden sie sich in Milliardenhöhe bewegen.

Schließlich weist der BDEW darauf hin, dass der Eigenkapitalzinssatz gemäß Netzentgeltverordnung nur auf 40 % der Investitionssumme überhaupt angerechnet werden dürfe. Außerdem könne man die Verzinsung von Anlageinvestitionen in Unternehmen nicht mit Geldanlagen und Zinshöhen für Privatkunden vergleichen. Netzbetreiber stünden mit verschiedenen anderen Branchen im Wettbewerb um Investoren. Auf die Entscheidung, in welche Projekte Kapital fließe, habe die erzielbare Rendite wesentlichen Einfluss. Eben vor diesem Hintergrund würden andere EU-Staaten höhere Eigenkapitalzinsen für Energienetzinvestitionen zulassen.

### BNE und Verbrauchszentralen unterstützen Netzagentur

Positiv hat der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) den Schritt der Bundesnetzagentur aufgenommen, vor das Bundesgerichtshof zu gehen. „Viele Ansätze des vom OLG beauftragten und im Urteil aufgegriffenen

Gutachtens sind wissenschaftlich umstritten. Insbesondere die Kritik an der Marktrisikoprämie halten wir in dieser Form für nicht nachvollziehbar“, so Robert Busch, Geschäftsführer des BNE. Nach einem Gutachten, das der Verband in Auftrag gegeben habe, seien die von der Bundesnetzagentur festgesetzten Zinssätze sogar noch zu hoch, betont Busch.

„Gerade vor dem Hintergrund der Tendenz zur Reintegration von Geschäftsbereichen bei vielen Energieunternehmen ist es wichtig, bei den Zinssätzen Maß zu halten, denn die hohen Gewinne aus dem Netz verzerren den Wettbewerb im Energiegeschäft“, so Busch. Die Trennung der Geschäftsfelder Netz und Vertrieb bezeichnet er als „unzureichend“. Deshalb könnten integrierte Energieversorger Gewinne aus dem Netzbetrieb für ihre wettbewerbliehen Geschäftsbereiche nutzbar machen.

Klaus Müller, Vorstand des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, argumentiert mit den Kosten der Energiewende. Die Verbraucher würden bereits jetzt einen Großteil dieser Kosten tragen. Die Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Garantierenditen der Netzbetreiber zu senken, sei daher absolut notwendig gewesen. Es habe sogar Spielraum für eine noch deutlichere Senkung der Renditen bestanden. „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Bundesnetzagentur ihre Position auch vor dem Bundesgerichtshof vertreten wird“, so Müller.

## Regierung hält am EU-Emissionshandel fest

Die Bundesregierung plant über den EU-Emissionshandel hinaus keine Teilnahme an weiteren CO<sub>2</sub>-Systemen. VON STEFAN SAGMEISTER

**EMISSIONSHANDEL.** „Die Bundesregierung plant derzeit nicht, an CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystemen anderer Mitgliedstaaten teilzunehmen beziehungsweise ein zusätzliches multilaterales Bepreisungssystem einzuführen“, heißt es in einer [Antwort](#) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag. Für die Bundesregierung sei das EU-Emissionshandelssystem das vorrangige Mittel zur Beprei-

sung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Bundesregierung werde sich weiterhin auf verschiedenen Ebenen für eine Ausweitung und Stärkung von CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystemen einsetzen, ein Hebel seien dabei die G20-Staaten. Einen Zeitrahmen für eine verstärkte Einbindung gebe es nicht. CO<sub>2</sub>-Bepreisungssysteme gibt es in den G20-Staaten beziehungsweise Staatenverbänden: Europäischen Union, Kanada, China, Südkorea,

Mexiko und in zehn US-Bundesstaaten.

Auf die Frage der Grünen, welche Zielmarke die Regierung bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung anstrebe, gab es zur Antwort, dass es im EU-Handelsystem nicht auf Preise, sondern auf verminderte Ausstoßmengen ankomme. „Der europäische Emissionshandel ist ein mengenbasierter Ansatz, der primär darauf ausgelegt ist, eine bestimmte Emissionsminderung zu erreichen.“

PRÄSENTIERT VON POWER-GEN & DISTRIBUTECH

# electrify<sup>®</sup> europe

Registrieren Sie sich zu  
Frühbucherpreisen als  
Konferenzteilnehmer.

Auf der Registrierungsseite von  
[www.electrify-europe.com](http://www.electrify-europe.com)  
finden Sie weitere  
Informationen.

19-21. JUNI. 2018

MESSE WIEN | WIEN | ÖSTERREICH

## BIG DATA – VIELE CHANCEN

Mit Einführung des Industrial Internet wird ein neues Kapitel der Energiewirtschaft geschrieben.  
Wie können wir dieser Herausforderung begegnen und aus den riesigen Datenmengen, die sich ergeben, Nutzen ziehen?

Antworten erhalten Sie bei der Electrify Europe. Für weitere Informationen besuchen  
Sie bitte [www.electrify-europe.com](http://www.electrify-europe.com) oder sprechen Sie uns an:

### VERTRIEBSKONTAKT FÜR AUSSTELLER

#### WELTWEIT

Leon Stone

T: +44 (0) 1992 656 671

E: [leons@pennwell.com](mailto:leons@pennwell.com)

#### EUROPA

Sophia Perry

T: +44 (0) 1992 656 641

E: [sophiap@pennwell.com](mailto:sophiap@pennwell.com)

#### NORDAMERIKA & KANADA

Jared Auld

T: +1(918) 831-9440

E: [jareda@pennwell.com](mailto:jareda@pennwell.com)

Im Eigentum und produziert von:



Präsentiert von:





## Kabinett beschließt Verordnung für einheitliche Netzentgelte

Bis 2023 soll eine schrittweise Angleichung der Entgelte im Übertragungsnetzbereich erfolgen. **VON FRITZ WILHELM**

**REGULIERUNG.** Ein von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) vorgelegter Entwurf für eine Verordnung zur schrittweisen Einführung bundeseinheitlicher Übertragungsnetzentgelte wurde am 25. April 2018 vom Bundeskabinett abgesegnet. Nun liege das Dokument dem Bundesrat vor, der noch seine Zustimmung geben müsse, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit.

Die Verordnung geht zurück auf §24 Satz 1 Nummer 1 des Energiewirtschaftsgesetzes, der im Zuge des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes neu aufgenommen wurde. Darin ist festgelegt, dass die Übertragungsnetzentgelte ab dem 1. Januar 2019 für einen schrittweise steigenden Anteil der Übertragungsnetzwerke einheitlich zu bestimmen sind und ab dem 1. Januar 2023 vollständig einheitlich festgelegt werden. Entsprechend soll der bundeseinheitliche Netzentgeltanteil im Jahr 2019 jeweils 20 %, im Jahr 2020 jeweils 40 %, im Jahr 2021 jeweils 60 % und im Jahr 2022 jeweils 80 % der betroffenen Übertragungsnetzwerke erfassen. Die jeweils übrigen Netzentgeltanteile sollen in diesen Phasen wie bisher für jeden der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber individuell bestimmt werden.

Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, nennt die schrittweise Vereinheitlichung einen „richtigen Schritt“, der auch im Koalitionsver-

trag noch einmal bekräftigt worden sei. „Der Ausbau der Übertragungsnetze dient der Energiewende insgesamt und ist damit keine regionale, sondern eine bundesweite Notwendigkeit“, so der CDU-Politiker. Die schrittweise Angleichung ermögliche den betroffenen Netzregionen einen „abgefederten Übergang“.

In seinem Verordnungsentwurf begründet das Bundeswirtschaftsministerium die Angleichung damit, dass die Netzkosten in zunehmendem Maße durch Entscheidungen auf Bundesebene bedingt werden. Die Energiewende sei eine gesamtdeutsche Aufgabe, die nicht zu Lasten derjenigen Regionen gehen dürfe, in denen gute Erzeugungsbedingungen für Strom aus regenerativen Quellen bestünden, in denen aber keine ausreichende erzeugungsnahe Nachfrage vorhanden sei.

Trotz der Angleichung der Netzentgelte werde jeder Übertragungsnetzbetreiber auch künftig separat reguliert und erhalte eine individuelle Erlösobergrenze nach Maßgabe der Anreizregulierung. Die aus der Angleichung resultierenden Mehr- oder Mindereinnahmen bei den Netzbetreibern müssten untereinander ausgeglichen werden.

„Auf diese Weise sollen die Einnahmen aus den Netzentgelten bei jedem Übertragungsnetzbetreiber im Ergebnis in der Höhe verbleiben, die sich für das jeweilige Kalenderjahr aus seiner Erlösobergrenze ergibt“, heißt es in der Begründung des Verordnungsentwurfs.

## Reinigungskräfte werden zu Energieberatern

Die Berliner Energieagentur (BEA) will Reinigungskräfte zusätzlich zu Energieberatern ausbilden. Vermittelt werden diese dann über eine Internetplattform.

**VON STEFAN SAGMEISTER**

**EFFIZIENZ.** Die Berliner Energieagentur arbeitet dabei mit der Online-Vermittlungsplattform Helpling zusammen, teilte die BEA mit. „Selbstständige Reinigungskräfte, die bei dem Berliner Start-up registriert sind, können von der BEA zu Energiesparberatern qualifiziert werden und ihren Kunden diese zusätzliche Dienstleistung kostenfrei anbieten“, heißt es weiter. Das Angebot der BEA richtet sich auch an freiwillige Pflegekräfte, die regelmäßig pflegebedürftige und alte Menschen besuchen.

Interessierte werden in einer halbtägigen Schulung weitergebildet und erhalten ein Zertifikat. Für ihre Vor-Ort-Termine werden sie mit Infomaterial ausgerüstet sowie mit Energiesparartikeln wie LED-Lampen, Kühl-schrankthermometer oder schaltbare Steckerleisten, „die sie dann vor Ort in den Wohnungen kostenfrei installieren“. Zunächst ist die Aktion auf das Land Berlin begrenzt. Gefördert wird sie vom Bundesumweltministerium.

## Drei Vorsitzende für Kohle-Kommission?

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion plädiert für drei Vorsitzende der geplanten Kommission zum Kohleausstieg. **VON ANGELIKA NIKIONOK-EHRLICH**

**POLITIK.** Laut einem unveröffentlichten Konzept, über das die Deutsche Presseagentur berichtete, soll einer der Kommissionsvorsitzenden ein „parteiübergreifend anerkannter“ Vertreter mit entsprechender Verhandlungserfahrungen sein, der kein politisches Amt und keine Führungsposition in der Wirtschaft bekleidet. Der zweite Vorsitzende soll die Kohleregionen vertreten, der dritte soll ein ausgewiesener Energie- und Klimaexperte sein. Zu den Mitgliedern der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die einen Plan für den Kohleausstieg erarbeiten soll, sollten nach Ansicht der SPD-Wirtschaftspolitiker „Experten aus unterschiedlichen Be-

reichen“ zählen, unter anderem aus der Energie- und Klimapolitik sowie Vertreter aus Braunkohlekraftwerken, von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Auch Abgeordnete aus den Regierungsfractionen sollten teilnehmen.

Der klima- und energiepolitische Sprecher der Linken im Bundestag, Lorenz Gösta Beutin, zeigte sich „überrascht, dass die SPD-Bundestagsfraktion nur Vertreter der Regierungsfractionen in die Kohlekommission aufzunehmen gedenkt.“ SPD und Union seien gut beraten, wenn sie bei der Besetzung der Kohlekommission die relevanten Akteure mit an den Verhandlungstisch holten. Die Linke sei in Ost-

deutschland „ein politisches Schwergewicht, besonders auch in Fragen von Kohleausstieg und Energiewende“, so Beutin.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte auf eine Frage des Abgeordneten zur Zusammensetzung der Kohlekommission geantwortet, er gehe davon aus, dass man sich innerhalb der kommenden zwei Wochen mit der SPD über die Zusammensetzung der Kohlekommission einigen werde. „Ob die Oppositionsfractionen demokratisch beteiligt werden oder nicht, ließ er dabei offen“, so Beutin, der kritisiert, der Bundesminister strebe offenbar keinen breiten Konsens über den Kohleausstieg an.

# E&M daily

- ▶ **JETZT NOCH KOMFORTABLER:**  
Optimale Darstellung auf allen mobilen Endgeräten dank zusätzlicher HTML-Version
- ▶ **JETZT NOCH ÜBERSICHTLICHER:**  
Unsere neue Systematik für schnelleren Informationszugriff



## E&M daily

Präzise - Einmal täglich: Energiewirtschaft auf den Punkt gebracht!

Die Online Tageszeitung für den Energiemarkt. Als HTML-Version zur optimalen Darstellung auf mobilen Endgeräten oder im bewährten PDF-Format: Sie haben die Wahl. **Kurz und bündig, die Nachrichten und Marktdaten des Tages.**

Mit **E&M DAILY** sind Sie werktags bestens informiert! Tagesaktuelle Nachrichten, Hintergründe aus der Energiewirtschaft sowie komfortabel aufbereitete Markt- und Wetterdaten sorgen für Überblick und Einblick. Bequem via PC, Tablet, Smartphone oder in gedruckter Form lesen!

Ein **individuelles Multilizenzangebot** für Ihr Unternehmen erhalten Sie hier: **+49(0) 8152 9311-77** oder **vertrieb@emvg.de**

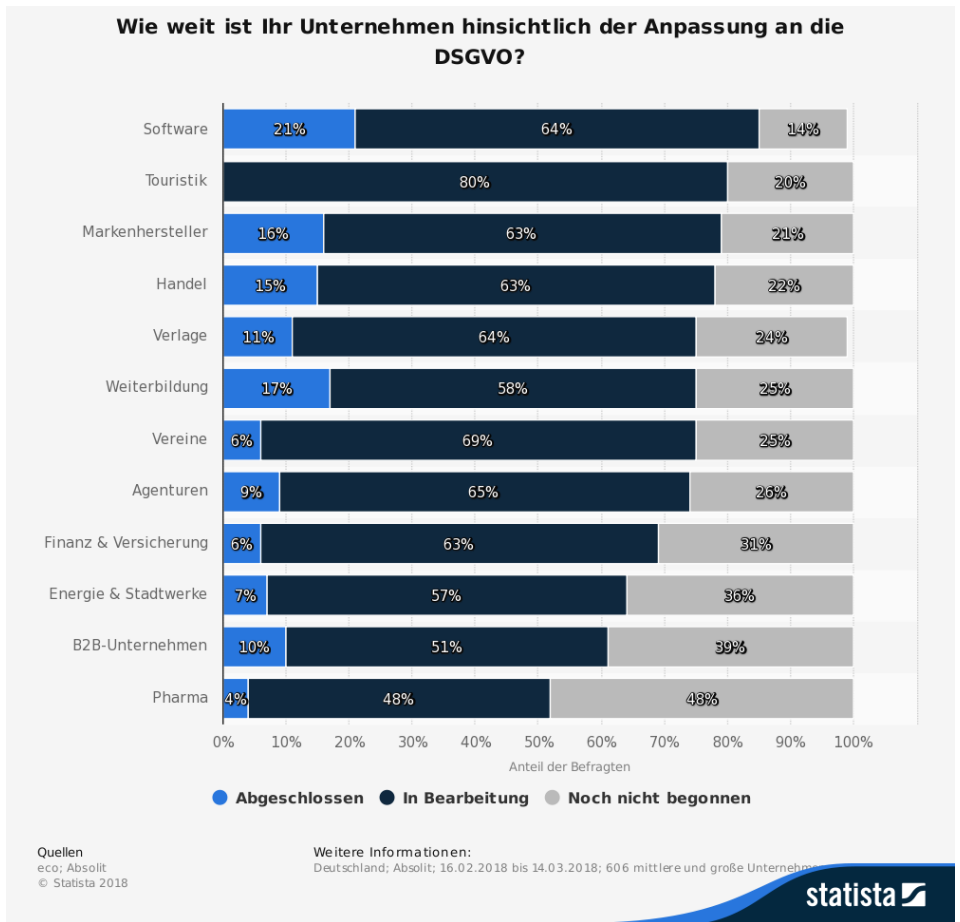
\*im Multilizenzpaket für 20 Mitarbeiter

**Energie & Management**

### STATISTIK DES TAGES

## Umfrage zur Datenschutzgrundverordnung

Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet E&M regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich. **VON REDAKTION**



**STATISTIK.** Diese Grafik bildet das Ergebnis einer Umfrage unter Unternehmen zum Stand der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nach Branchen in Deutschland ab. Zum Zeitpunkt der Erhebung gaben 7 %

der befragten Unternehmen aus dem Bereich Energie & Stadtwerke an, die automatische Verarbeitung von personenbezogenen Daten entsprechend der DSGVO angepasst zu haben. Die EU-Verordnung tritt am 25. Mai in Kraft.

## Neue Geschäftsführer für Landis+Gyr

Der Anbieter von Energiemanagement-Lösungen, die Landis+Gyr GmbH, hat zum 1. April ihre Geschäftsführung erweitert. **VON ANDREAS KÖGLER**

**PERSONALIE.** Thorsten Klöpfer und Claus Wegemund sind Anfang April in die Geschäftsführung der Landis+Gyr GmbH in Nürnberg berufen worden. Klöpfer ist bereits seit 2016 für das Unternehmen tätig und wird künftig als bisheriger Leiter des Vertriebs für den Geschäftsbereich Energy Solutions auch

das Deutschland- und Österreich-Geschäft führen. Wegemund ist seit 2013 Chief Financial Officer (CFO) der Gesellschaft und verantwortlich zudem den Finanzbereich der Einheit Energy Products. Weiterer Geschäftsführer von Landis+Gyr bleibt Herbert Brunner.





## Erneuerbare günstiger als Kernkraft

Eine Studie vergleicht die Stromgestehungskosten von Kernkraftwerken mit denen erneuerbarer Energien. Fazit: Atomstrom ist oft teurer als regenerativer. **VON JONAS ROSENBERGER**

**STUDIE.** Wenn Strom ausschließlich aus regenerativen Quellen erzeugt würde, könne das kostengünstiger sein, als Strom aus Kernkraftwerken. Das besagt die Analyse „Steuerbare erneuerbare Energien als Alternative zur Kernkraft“ des Berliner Beratungshauses Energy Brainpool, die im Auftrag des Stromanbieters Greenpeace Energy erstellt wurde.

Anlass für die Untersuchung sind geplante KKW-Neubauten in Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn, die zusammengenommen eine Leistung von rund 15 600 MW besitzen sollen. Das entspricht in etwa der zwischen 2011 und 2022 abgeschalteten Kernkraftwerksleistung in Deutschland. Die Stromkosten nach Umsetzung dieser Projekte verglichen die Autoren der Studie mit denen eines komplett aus erneuerbaren Energien betriebenen Energiesystems. Das Erneuerbaren-System würde den Angaben nach zu Stromgestehungskosten von beispielsweise 112 Euro in Polen und 119 Euro pro MWh in Tschechien führen. Dem stehe ein heutiger Kernkraft-Strompreis von 126 Euro pro MWh gegenüber. Laut Einschätzung von Energy Brainpool sind die offiziell angenommenen Stromgestehungskosten für die Kernkraft-Projekte in Osteuropa von derzeit 55 bis 89 Euro pro MWh zu niedrig angesetzt. Hierbei verweisen sie auf das Referenzprojekt des Reaktors Flamanville 3 in Frankreich, bei dem sich die Planwerte auf 87 bis 126 Euro pro MWh bisher mehr als verdoppelt hätten.

„Warum gerade in den osteuropäischen Staaten Reaktorprojekte bei gleichem Sicherheitsstandard günstiger werden sollten als in Frankreich oder Großbritannien, ist nicht ersichtlich“, sagte Mit-Studienautor Fabian Hueneke.

Die Autoren erklären darüber hinaus, dass die Kosten für Erneuerbare unter bestimmten Umständen sogar auf bis zu 100 Euro pro MWh sinken könnten.

Zudem könne auch bei einer Erzeugung aus rein volatilen Quellen die Versorgungssicherheit in gleichem Maße gewährleistet werden wie mit konventionellen Kraftwerken. Um dies sicherzustellen, müssten Stromüberschüsse aus Wind- und Solarkraft per Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt und gespeichert werden. In teils eigens für diesen Zweck gebauten Gaskraftwerken könne das Gas bei Bedarf anschließend wieder in Strom umgewandelt werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Studie richtet Greenpeace Energy einen Appell an die Regierungen der betroffenen Staaten, ihre Pläne zum Bau neuer Kernkraftwerke nochmals zu prüfen. Zudem führt der Anbieter den Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl an, um auf mögliche Gefahren der Kernkraft hinzuweisen. Die Technologie bringe nicht nur „immense Kosten“, sondern auch „unbeherrschbare Risiken“ mit sich.

Die Studie können Sie unter [www.greenpeace-energy.de](http://www.greenpeace-energy.de) als PDF-Datei abrufen.

## Frisches Geld für PNE Wind

Der Cuxhavener Projektentwickler PNE Wind hat seine Schuldverschreibungen „2018/2023“ erfolgreich platziert und das endgültige Volumen auf 50 Mio. Euro festgelegt. **VON ANDREAS KÖGLER**

**UNTERNEHMEN.** Wie das Unternehmen mitteilte, entspreche dies dem angestrebten Wert. Der Zinssatz liegt den Angaben nach bei 4 % pro Jahr und damit am unteren Ende der vorgesehenen Spanne von 4 bis 4,75 % pro Jahr. Das Unternehmen hatte die Anleihe Anfang April angekündigt. Dabei sollen Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je 1 000 Euro begeben werden, die Laufzeit umfasst den Zeitraum vom 2. Mai 2018 bis zum 2. Mai 2023. Als Joint Lead Manager der Transaktion werden die IKB Deutsche Industriebank AG und die M.M. Warburg & CO agieren.

„Wir sind dabei, bis 2020 ein neues europäisches Windpark-Portfolio mit rund 200 MW

aufzubauen. Zudem erweitern wir unser Geschäftsmodell und entwickeln uns weiter zu einem Clean Energy Solution Provider - einem Anbieter von Lösungen für saubere Energie. Mit dieser neuen Ausrichtung positionieren wir uns künftig neben dem Wind auch bei Photovoltaik, Speichertechnologien und Power-to-Gas. Zur Umsetzung dieser strategischen Maßnahmen wollen wir uns frühzeitig die finanziellen Mittel sichern“, beschrieb Markus Lesser, Vorstandsvorsitzender der PNE Wind AG, das Vorhaben.

Mit der zügig abgeschlossenen Platzierung der Anleihe habe das Unternehmen die Basis für eine positive Entwicklung gelegt.

## Allego startet Europa-Projekt für Elektromobilität

Mit dem europäischen Projekt Mega-E will der Ladespezialist Allego die Elektromobilität in Metropolen vereinheitlichen und ausbauen. Die EU unterstützt das Vorhaben finanziell.

**VON ANDREAS KÖGLER**

**ELEKTROMOBILITÄT.** Das europäische Projekt Mega-E (Metropolitan Greater Areas Electrified) ist eine Initiative von Allego und umfasst den Aufbau von ultraschnellen Ladesäulen an 322 Standorten, inklusive 39 multimodaler Charging Hubs in mindestens zehn europäischen Metropolen. Ziel ist es, eine europäische Schnellladeinfrastruktur zu schaffen, die mit E-Säulen von bis zu 350 kW die Ladezeiten von Elektroautos der nächsten Generation verkürzen sowie Metropolen mit intelligenten multimodalen Charging Hubs ausstatten soll.

Diese Hubs bestehen aus Park-and-Ride-Einrichtungen und intermodalen Knotenpunkten wie Bahn- und Busbahnhöfen, die sowohl ultraschnelles als auch langsames Laden von E-Taxis oder E-Bussen und somit auch E-Car-Sharing sowie E-Logistik am selben Ort ermöglichen, teilte Allego mit.

Den Angaben nach sollen die ersten Ladepunkte ab Juni in Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Schweden und Großbritannien installiert werden. Dabei setzt Allego auf offene Standards und will ein interoperables Ladenetzwerk aufbauen, das für alle Autotypen sowie Nutzer zugänglich ist. Weitere Details zu den Standorten und zu den Standortpartnern will das Unternehmen noch zu einem späteren Zeitpunkt mitteilen.

Von der Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) der EU-Kommission hat Allego die schriftliche Vereinbarung erhalten, dass Brüssel das Mega-E-Projekt mit 29 Mio. Euro unterstützen wird. Das Projekt beruht auf der Vision, welche die EU 2009 mit der Entwicklung des Innovationsclusters im TEN-V/CEF-Programm entwickelt hat.



## Kraftwerk Lünen gut ausgelastet

Trotz angespanntem Marktumfeld attestiert das Stadtwerke-Netzwerk Trianel dem Kohlekraftwerk Lünen eine hohe technische Verfügbarkeit und gute Auslastung. **VON KAI ECKERT**

**UNTERNEHMEN.** Mit einem Auslastungsgrad von durchschnittlich rund 80 % ist das Steinkohlekraftwerk Lünen im vergangenen Jahr etwas weniger oft genutzt worden, als in den Vorjahren. Wie Trianel am 25. April mitteilte, konnten 2017 insgesamt 3,58 Mrd. kWh Strom in Lünen erzeugt werden, dies waren knapp 25 % weniger als 2016.

Als Ursache für den Rückgang nannte das Unternehmen die notwendige Reparatur eines Schadens am Luftvorwärmer, wodurch der 750 MW-Block zwischen Mitte Oktober und Dezember fast zwei Monate abgeschaltet war. Zudem habe es im April sowie in den Sommermonaten Juli und August turnusmäßige Revisionsarbeiten an der Anlage gegeben. Die mitt-

lere Brutto-Stromerzeugung habe mit rund 378 Mio. kWh im Monat aber leicht über den Produktionswerten (373 Mio. kWh) von 2016 gelegen, teilte Trianel mit.

Auch im fünften Jahr nach der Inbetriebnahme bleibe das Marktumfeld für das nach Angaben der Betreiber hocheffiziente Steinkohlekraftwerk angespannt und setze die kommunalen Betreiber weiter unter Druck. Ein wirtschaftlicher Betrieb moderner emissionsarmer Steinkohlekraftwerke auf Vollkostenbasis sei im bestehenden Energy-Only-Market nach wie vor nicht möglich, erklärte der Betreiber.

„Es müssen nun kurzfristig verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ein konkreter Fahrplan für das Auslaufen der Kohle-

verstromung mit Ausstiegsdatum darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“, fordert Kraftwerksleiter Stefan Paul. Für das aktuelle fünfte Produktionsjahr 2018 rechnet er mit einem Betrieb auf dem Niveau der Vorjahre. „Signifikante Veränderungen im Markt sind nach unseren Prognosen nicht zu erwarten, sodass wir von einem normalen Kraftwerksjahr ausgehen“, erklärt Paul.

Nach Angaben von Trianel konnte die Anlage in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine Auslastung von 90 % aufweisen. Aufgrund der vorhandenen Nachfrage für die Strom- und Wärmeversorgung sowie nach Leistung für die Systemstabilität erwartet der Kraftwerksbetreiber für das Gesamtjahr eine Auslastung von 80 bis 90 %.

## Schleswig-Holstein Netz AG mit stabilen Zahlen

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 hat die Schleswig-Holstein Netz AG größtenteils auf dem Niveau des Vorjahres abgeschlossen. **VON JONAS ROSENBERGER**

**UNTERNEHMEN.** Die Schleswig-Holstein Netz AG (SH Netz) hat im vergangenen Jahr einen Umsatz in Höhe von rund 2,5 Mrd. Euro verbucht. Das teilt das Unternehmen mit. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Wert stabil. In den Ausbau der Energienetze investierte SH Netz 2017 den Angaben nach mehr als 123 Mio. Euro (2016: rund 148 Mio. Euro). 250 Kilometer Strom- und Gasleitungen seien neu

gebaut und 21 Umspannwerke sowie 16 Gasdruckregelanlagen verstärkt oder errichtet worden. Außerdem seien knapp 51 Mio. Euro in die Instandhaltung bestehender Anlagen geflossen. 2017 wurden darüber hinaus 850 Erneuerbaren-Anlagen, 66 Ladesäulen und rund 9 000 neue Netzkunden angeschlossen, erklärt SH Netz. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 14 Mrd. kWh Strom aus regenerativen Erzeu-

gungsanlagen durch das Netz des Konzerns durchgeleitet (+16 % im Vergleich zu 2016). Die Netzabgabe lag mit rund 11,3 Mrd. kWh auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der Zahl der Anteilseigner des Unternehmens gab es ebenfalls ein Plus von sieben Kommunen. Somit seien inzwischen rund 1 000 Kommunen – und damit ein Drittel aller Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein – an SH Netz beteiligt.

## MVV übernimmt Biovergärungsanlage in Dresden

Die Mannheimer MVV Energie übernimmt eine Bioabfallvergärungsanlage des zur Eggersmann-Gruppe gehörenden Unternehmens Kompotec in Dresden-Klotzsche.

**VON ARMIN MÜLLER**

**UNTERNEHMEN.** Die Anlage wird seit 2017 von der Eggersmann-Gruppe, einem Spezialisten für Bauwesen und Recyclingtechnologie mit Sitz in Marienfeld, Ostwestfalen-Lippe, betrieben. Aus rund 31 000 Tonnen Bioabfall pro Jahr, die aus der sächsischen Landeshauptstadt sowie dem benachbarten Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal stammen, produziert die Anlage in der Nähe des Dresdener Flughafens Biogas. Es wird in zwei Blockheizkraftwerken für die Stromproduktion genutzt. Zum Kaufpreis haben die beiden Unternehmen

Stillschweigen vereinbart. Der bisherige Anlagenbetreiber Eggersmann will sich weiter auf die Entwicklung von Anlagen konzentrieren.

Für MVV ist es die erste Biogasanlage, in der Bioabfälle zur Vergärung eingesetzt werden. In den vier bestehenden Anlagen der MVV in Sachsen-Anhalt kommen Substrate aus der Landwirtschaft zum Einsatz. Die Vergärung von Bioabfällen soll die Kompostierung als Baustein der Kreislaufwirtschaft ergänzen und zugleich die energetische Nutzung der Abfälle

ermöglichen. MVV arbeitet bundesweit an weiteren Bioabfall-Vergärungsprojekten, aktuell in Bernburg/Saale in Sachsen-Anhalt.

MVV übernimmt auch die fünfköpfige Betriebsmannschaft der Anlage. Gleichzeitig prüfen die Mannheimer eine Erweiterung der Dresdener Anlage von aktuell 31 000 auf 46 500 Jahrestonnen. Parallel will man eine Biogas-Aufbereitungsanlage bauen, um aus dem Biogas Biomethan zu machen, das in das Gasnetz eingespeist werden kann.



## Gazprom macht der Ukraine Hoffnung

Der russische Gaslieferant Gazprom hat Bereitschaft für Gastransite durch die Ukraine nach dem Ende des derzeitigen Transitvertrages im nächsten Jahr signalisiert. **VON PETER FOCHT**

**GASNETZ.** Russisches Erdgas, das für Europa bestimmt ist, könnte auch nach Inbetriebnahme der geplanten Ostseepipeline Nord Stream 2 weiter durch die Ukraine geleitet werden. Der 2019 endende Vertrag zwischen der russischen Gazprom und dem ukrainischen Gasunternehmen Naftogaz über die Durchleitung russischer Gaslieferungen nach Europa werde zwar nicht verlängert, bekräftigte jetzt in Berlin Gazprom-Vize Alexander Medwedew.

Das müsse aber nicht bedeuten, dass es danach keinen Transit durch die Ukraine mehr geben werde, ergänzte er laut deutschen und russischen Medienberichten bei einer Konfe-

renz des Verbandes der russischen Gasindustrie. Ein neuer Transitvertrag scheint also nicht ausgeschlossen zu sein.

Die Bundesregierung hatte in letzter Zeit mehrfach gefordert, der Transit durch die Ukraine müsse auch nach Fertigstellung der in der EU politisch umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 aufrechterhalten bleiben. Im letzten Jahr waren 93,5 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas aus Russland durch das ukrainische Gastransportnetz in Richtung Europa und Türkei geleitet worden. Die Transportmenge und damit die Transiteinnahmen der Ukraine legten gegenüber 2016 um 14 % zu.

Den geplanten Bau der Nord Stream 2 begründete Medwedew bei der Konferenz in Berlin erneut mit dem dadurch zu verkürzenden Transportweg zwischen den nach Norden gerückten neuen russischen Fördergebieten auf der Jamal-Halbinsel und Deutschland. Die Transportroute durch die Ostsee sei um 2 000 Kilometer kürzer als die Route durch die Ukraine. Die Entscheidung für die neue Pipeline folge ökonomischen Überlegungen und reagiere auf den erwarteten Anstieg des Gasimportbedarf in Europa. Gegenüber dem russischen Fernsehen sprach der Gazprom-Vize sogar vom möglichen Bau einer Nord Stream 3.

## Start für Wasserstoff-Projekt H2Future

Ein Jahr nach Präsentation des Gemeinschaftsprojekts von Verbund und Voestalpine zur elektrolytischen Erzeugung von Wasserstoff erfolgte nun der Spatenstich in Linz. **VON KLAUS FISCHER**

**ÖSTERREICH.** Jetzt wird es ernst mit H2Future, einem Pilotprojekt des Verbunds und des Stahlkonzerns Voestalpine zur Produktion von Wasserstoff mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien. Diese erfolgt durch die elektrolytische Zerlegung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff. Den Letzteren möchte die Voestalpine langfristig statt Kohle als Reduktionsmittel bei der Stahlproduktion einzusetzen. Sollte das gelingen, ließen sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zur herkömmlichen Stahlschmelze ab etwa 2050 um rund 80 % vermindern.

Vor rund einem Jahr hatten Verbund-Genera-

ldirektor Wolfgang Anzengruber und Voestalpine-Vorstandschef Wolfgang Eder gemeinsam mit Siemens-Österreich-Chef Wolfgang Hesoun das Vorhaben präsentiert. Vor wenigen Tagen erfolgte nun der Spatenstich für die von Siemens entwickelte Elektrolyseanlage („Proton Exchange Membrane“-Elektrolysemodul) auf dem Werksgelände der Voestalpine in der „Stahlstadt“ Linz. Der Verbund liefert den Strom, primär aus seinen Wasserkraftwerken. Die Verbund-Tochter Austrian Power Grid (APG) wird untersuchen, ob die Elektrolyseanlage negative Regelernergie (Regellast) bereitstellen kann.

Das Elektrolysemodul wird als weltgrößtes seiner Art bezeichnet. Es hat eine Anschlussleistung von 6 MW und kann bis zu 1 200 m<sup>3</sup> Wasserstoff pro Stunde erzeugen. Geplant ist, die Anlage im Frühjahr 2019 in Betrieb zu nehmen. Bei der Wasserstoffherzeugung wird ein Wirkungsgrad von 80 % angestrebt. Die Investitionskosten für H2Future belaufen sich auf rund 18 Mio. Euro, von denen die Europäische Kommission 12 Mio. Euro trägt. Sie hat das Vorhaben als eines der „Flaggschiffe“ im Rahmen ihres Joint Undertaking für Fuel Cells & Hydrogen (FCH JU) anerkannt.

## Erneuerbare immer wichtiger

Seit vielen Jahren entwickeln sich erneuerbare Energien zunehmend zu einem gewichtigen Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Auch 2017 ist diese Entwicklung weiter vorangeschritten.

**VON JONAS ROSENBERGER**

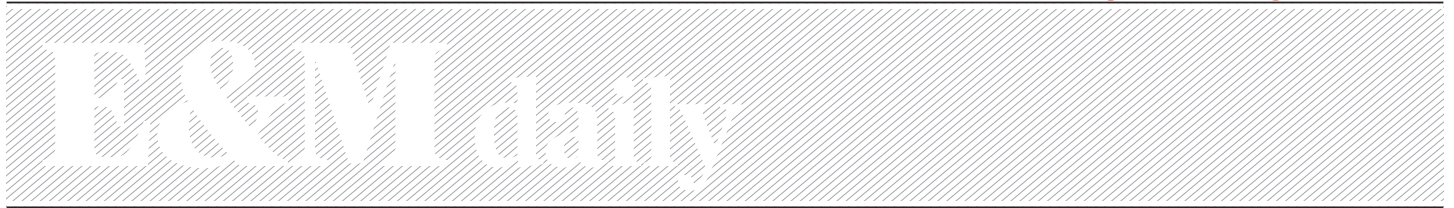
**REGENERATIVE.** 2017 haben sich im Bereich der erneuerbaren Energien die wirtschaftlichen Impulse aus dem Anlagenbetrieb sowie die Investitionen in neue Anlagen erhöht. Das meldete die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) unter Berufung auf Zahlen der Bundesregierung. Die Umsätze aus dem Betrieb bestehender EEG-Anlagen seien durch den wachsenden Anlagenpark kontinuierlich gestiegen und lagen 2017 bei 16,2 Mrd. Euro (+3 % gegenüber 2016). Den größten Anteil hatte hierbei die Bioenergie mit 10,5 Mrd. Euro (65 %). Dies sei

unter anderem auf die Beschaffung nachwachsender Rohstoffe zurückzuführen.

Bei den Neuinvestitionen des vergangenen Jahres, die laut AEE ebenfalls 16,2 Mrd. Euro betragen, sei besonders die Windkraft mit 11 Mrd. Euro anzuführen, so die AEE. Knapp 70 % aller 2017 eingesetzten Mittel seien auf die Technologie entfallen, so dass rund 1 300 MW Leistung auf See und rund 5 000 MW Leistung an Land zugebaut wurden. „Die insgesamt positive Entwicklung zeigt die Attraktivität der Er-

neuerbaren für Investoren und Gesellschaft“, sagte AEE-Geschäftsführer Philipp Vohrer.

Die AEE hebt zudem den wachsenden Stellenwert der Erneuerbaren bei Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft hervor. So seien diese Technologien in vielen Regionen und Branchen laut einer Studie von GWS-Research zu einem Jobmotor geworden. Seit dem Jahr 2000 sei die Zahl der Beschäftigten demnach von rund 550 000 auf 690 000 im Jahr 2016 gestiegen. Diese Entwicklung sei maßgeblich auf den Erneuerbaren-Ausbau zurückzuführen.



## Verbände fordern klare Regeln für Glasfaserausbau

Die Telekommunikationsverbände Breko, ANGA, Buglas und VATM sowie der VKU und der Deutsche Landkreistag fordern Regulierungserleichterungen für den flächendeckenden Glasfaserausbau. **VON KAI ECKERT**

**TELEKOMMUNIKATION.** In einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) appellieren die Verbände an die Politik, sich in Brüssel für klare Bedingungen für einen flächendeckenden Glasfaserausbau im Wettbewerb einzusetzen. Im sogenannten Trilog-Verfahren sind am 25. April die Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Ministerrat und EU-Kommission zur Überarbeitung des EU-Telekommunikationsrechtsrahmens in die heiße Phase eingetreten. Dieser sogenannte TK-Kodex wird auch das deutsche Telekommunikationsgesetz (TKG) grundlegend verändern

und stelle somit die Weichen für den wettbewerblichen Glasfaserausbau und damit für die Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Breitband-Ausbauziele.

Strittig ist nach Angaben der Verbände, ob und inwieweit nicht marktbeherrschende Telekommunikationsnetzbetreiber, etwa aus dem Stadtwerke-Umfeld, entgegen dem seit der Liberalisierung bewährten Ansatz der asymmetrischen Regulierung nun erstmals Verpflichtungen auferlegt werden sollen. Zudem gehe es darum zu klären, ob die Deutsche Telekom mit ihren Wettbewerbern ernsthaft beim Glasfaserausbau zusammenarbeiten muss, um selbst von Regulierungserleichterungen profi-

tieren zu können oder ob diese Erleichterungen bedingungslos und pauschal gewährt werden.

In ihrem Schreiben treten die Verbände gegen neue Verpflichtungen und für eine echte Zusammenarbeit beim Glasfaserausbau ein. Zugleich unterstreichen sie ihre Forderungen nach einer dringenden Annäherung an die vorliegenden Vorschläge der EU-Kommission und des EU-Parlaments. Bei ihren Forderungen ziehen die Verbände auch eine Löschung der problematischen Passagen in Betracht, weil andernfalls der im Koalitionsvertrag festgehaltene Netzinfrastukturwechsel hin zur Glasfaser bis in alle Gebäude in Gefahr sei.

## Deutscher Strom-Terminhandel drückt EEX-Ergebnis

Die kommende Preiszonenaufspaltung hat Spuren in der Bilanz der Leipziger Börse hinterlassen. Dennoch sieht EEX-Chef Peter Reitz eine stabile Entwicklung und erwartet ein Rekordjahr.

**VON ANDREAS KÖGLER**

**BILANZ.** Die EEX-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse von 225,3 Mio. Euro erwirtschaftet. Damit gab der Wert im Vergleich zum bisherigen Rekordjahr 2016 um rund 4 % nach. Wie die Leipziger Börse mitteilte, verringerte sich der Jahresüberschuss von 57,7 auf 53,9 Mio. Euro.

"Angesichts des schwierigen regulatorischen Umfeldes und des damit verbundenen deutlichen Rückgangs der Transaktionserlöse am Strom-Terminmarkt sind wir mit diesem Ergebnis sehr zufrieden", erklärte EEX-Finanzvorständin Iris Weidinger bei der Vorlage der Finanzzahlen.

Vor genau einem Jahr hatte die Leipziger Börse angesichts der kommenden Aufspaltung der deutsch-österreichischen Strompreiszone einen neuen Termin-Kontrakt (Phelix-DE Future) aufgesetzt, der alleine für das deutsche Marktgebiet gültig ist. Die Preiszonenteilung hatte den Angaben nach die Marktteilnehmer verunsichert, in der Folge gingen die Umsätze bei den Strom-Terminkontrakten zurück. "In kürzester Zeit und enger Absprache mit unseren Marktteilnehmern haben wir mit dem Phelix-DE Fu-

ture ein Produkt eingeführt, das dieser Entwicklung Rechnung trägt und das Vertrauen in den Markt zurückgebracht hat", sagte Peter Reitz, Vorstandsvorsitzender der EEX.

### Wachstum außer im Strom-Terminmarkt

Im Strom-Terminhandel brachen die Transaktionserlöse im abgeschlossenen Geschäftsjahr um 27 % auf 63,6 Mio. Euro ein, das Handelsvolumen rutschte von 3,9 auf 3,2 Mrd. MWh ab. Positiv entwickelten sich dagegen die kurzfristigen Strommärkte: Im Spothandel der Epex Spot nahmen die Transaktionserlöse um 3 % auf 67,7 Mio. Euro zu und erreichten damit einen neuen Rekordwert.

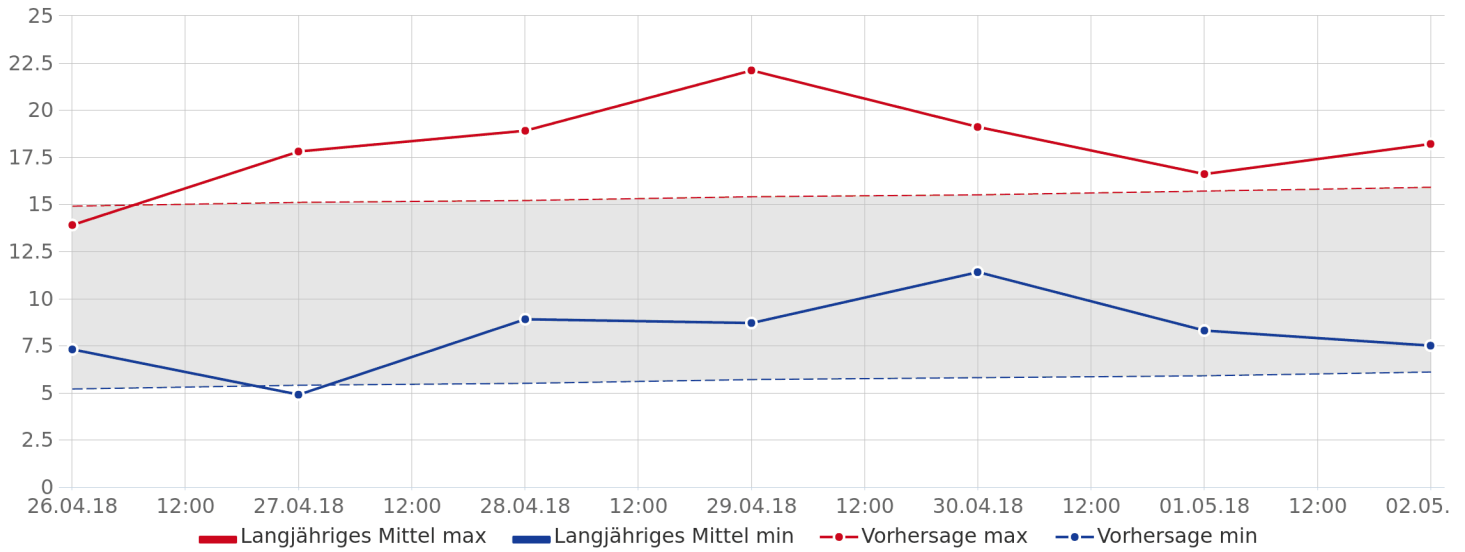
Im Bereich Erdgas stiegen die Transaktionserlöse der Gashandelsplattform Pegas im vergangenen Jahr um 15 % auf 38,8 Mio. Euro. Vor allem das Spotmarkt-Volumen kletterte mit einem Plus von 24 % deutlich auf 827,7 Mio. MWh. Am Terminmarkt, der Ende des Jahres 2017 auf die Handelsplattform T7 überführt wurde, konnten die Handelsvolumina um 6 % auf 1,1 Mrd. MWh ausgebaut werden.

Beim Geschäftsbereich Umweltprodukte, der auch den Handel mit europäischen Emissionsrechten abdeckt, verbuchte die Leipziger Börse Transaktionserlöse von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro). Das Volumen am Frachtmarkt nahm um 8 % auf 473 149 Kontrakte zu, die Transaktionserlöse an den Agrarmärkten stiegen um 17 % auf 0,4 Mio. Euro. Nach dem Rekordjahr 2016 sieht das EEX-Management beim Geschäftsjahr 2017 insgesamt eine stabile Entwicklung. Die eingeleitete Diversifizierungsstrategie auf verschiedene Märkte sei erfolgreich verlaufen, heißt es aus Leipzig. "Wir werden unseren Wachstumskurs weiter fortsetzen. Die Handelsvolumina in unseren Märkten entwickelten sich im ersten Quartal 2018 vor allem an den Märkten für Erdgas und Emissionsrechte positiv. Am Strom-Terminmarkt konnten wir unseren Marktanteil in den größten Märkten Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und den Niederlanden im Vergleich zum Gesamtjahr 2017 steigern. Wir erwarten, dass 2018 wieder ein Rekordjahr für die EEX Group wird", zeigte sich Reitz optimistisch.

TEMPERATUR UND ERNEUERBARE ENERGIEN



Temperatur-Prognose in °Celsius (MeteoGroup)



Prognose der Energieerzeugung aus Wind und Photovoltaik in MW (MeteoGroup)



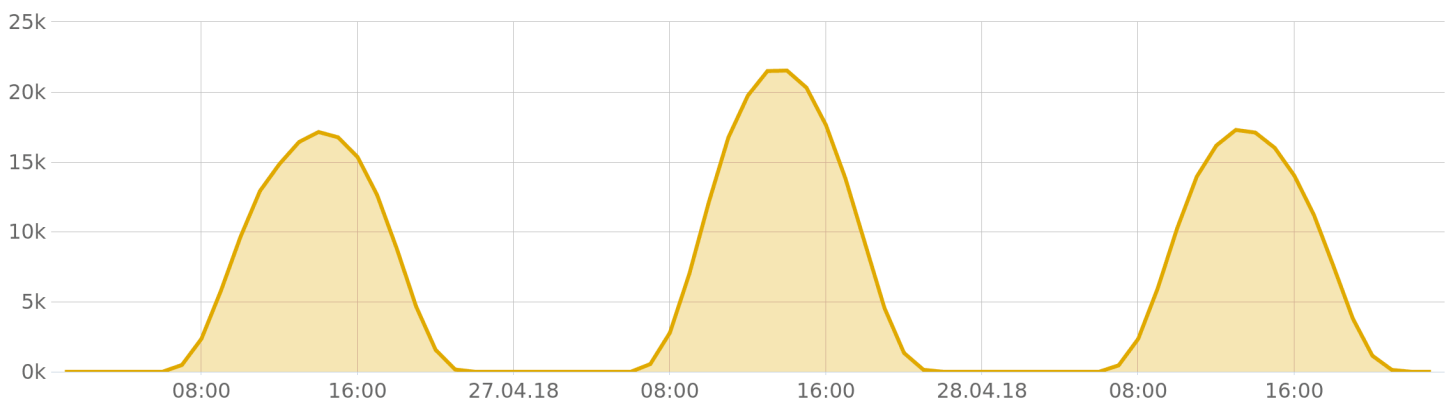
26.04.2018



<b>Base:</b> 15183,32	<b>Peak:</b> 19187,16	<b>Off-Peak:</b> 11179,48
<b>Load-Faktor:</b> 27,44%	<b>Load-Faktor:</b> 34,67%	<b>Load-Faktor:</b> 20,20%



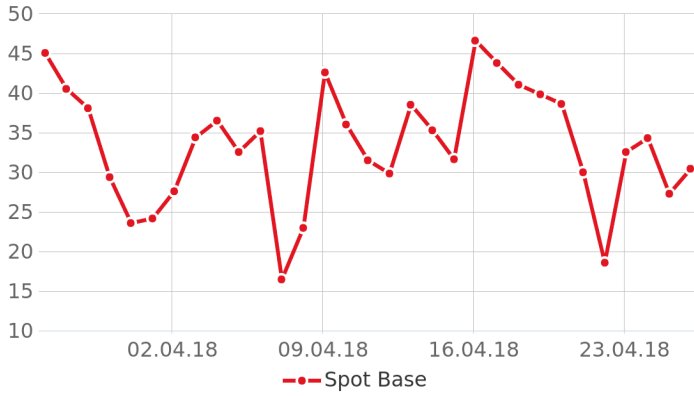
<b>Base:</b> 5814,43	<b>Peak:</b> 11445,17	<b>Off-Peak:</b> 183,69
<b>Load-Faktor:</b> 13,43%	<b>Load-Faktor:</b> 26,43%	<b>Load-Faktor:</b> 0,42%



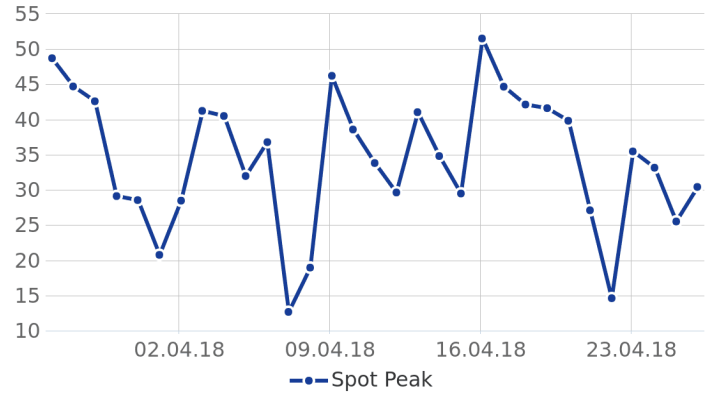
STROM SPOTMARKT



EPEX Spot Base in Euro/MWh (EPEX)

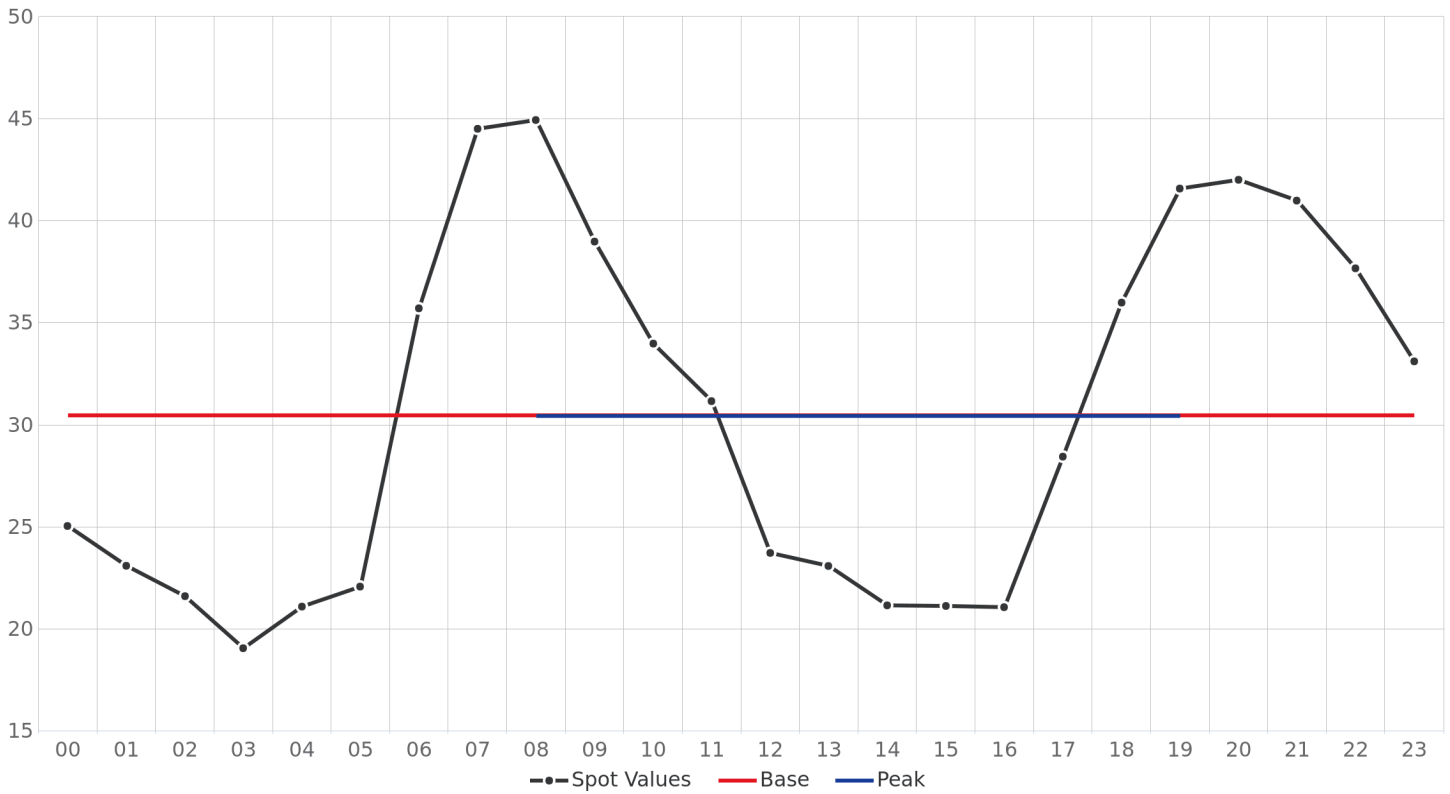


EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EPEX)

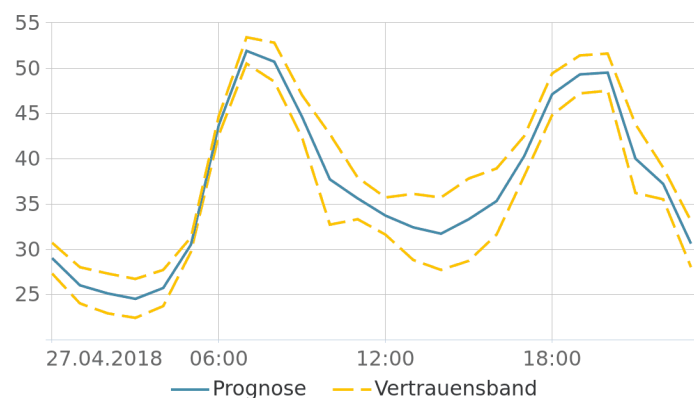


EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EPEX)

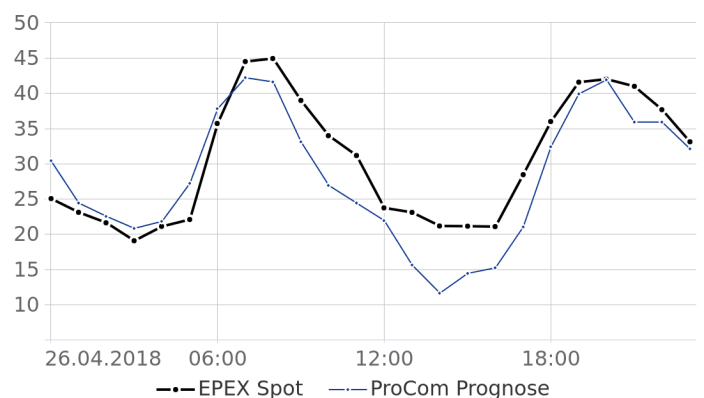
26.04.18



Zwei Tage Preisprognose EPEX Spot in Euro/MWh (ProCom)



Vergleich Prognose zu EPEX Spot in Euro/MWh



## COMMODITY-ÜBERBLICK, KOHLE UND EMISSIONSRECHTE, ENERGIEPREISINDIZES ISPEX

Strom, CO<sub>2</sub> und Kohle (EEX)

Kontrakt	Datum	aktueller Kurs	Einheit
Phelix Spot base	26.04.18 00:00	30,45	EUR/MWh
Phelix Spot peak	26.04.18 00:00	30,42	EUR/MWh
EUA MidDec-2018	24.04.18 00:00	13,22	EUR/tonne
CER MidDec-2018	24.04.18 00:00	0,20	EUR/tonne
Coal API2 May18	24.04.18 00:00	83,45	USD/tonne

## Gas und Öl (EEX, ICE)

Kontrakt	Datum	aktueller Kurs	Einheit
German NCG Gas DA	24.04.18 00:00	19,84	EUR/MWh
Gaspool Gas DA	24.04.18 00:00	19,84	EUR/MWh
German NCG Gas May-2018	24.04.18 00:00	19,90	EUR/MWh
Gaspool Gas May-2018	24.04.18 00:00	19,66	EUR/MWh
German NCG Gas Cal-2019	24.04.18 00:00	18,55	EUR/MWh
Gaspool Gas Cal-2019	24.04.18 00:00	18,40	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul18	24.04.18 00:00	73,07	USD/bbl

## Frontmonat Kohle API2 in USD/t (EEX)



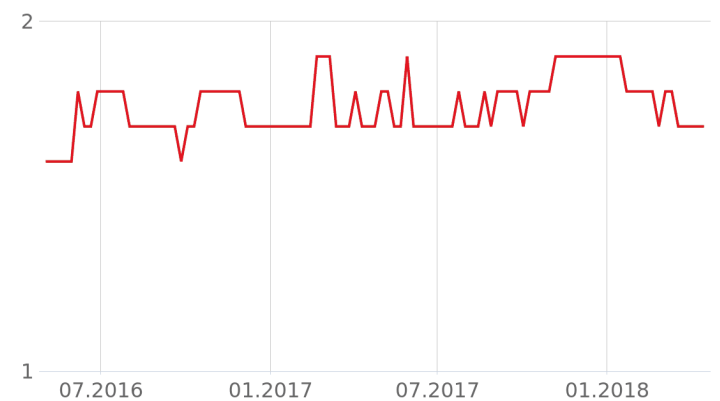
## EUA und CER in Euro/t (EEX)



## Energiepreisindex Strom in ct/kWh (ISPEX)



## Energiepreisindex Gas in ct/kWh (ISPEX)



# E & M POWERNEWS

## DIE INFORMATIONSLÖSUNG FÜR IHR UNTERNEHMEN

Sie wollen, dass Ihre Mitarbeiter stets bestens über Aktuelles aus der Energiewirtschaft informiert sind? Und dies möglichst in Echtzeit, unabhängig, kritisch und kompetent? Ihr Unternehmen benötigt Wissen, das über die üblichen Nachrichten und den Tageshorizont hinausgeht? Mit den Multilizen-Angeboten von **E&M POWERNEWS** bieten wir Ihnen dazu den Premium-Informationsservice im individuellen Format. Ganz nach Ihren Ansprüchen, als Mehrfachlizenzierung, mit nutzungsabhängiger Abrechnung oder als individuelle Pauschallösung. Auf Wunsch auch mit Integration unserer Dienste in das eigene CMS (Intranet/Extranet).

**Fragen Sie uns. Wir beraten Sie gern. Telefon: 08152-9311-77**

**QUALITÄT ENTSCHIEDET. MITTENDRIN IM ENERGIEMARKT.**

ENERGIE & MANAGEMENT VERLAGSGESSELLSCHAFT MBH  
Schloß Mühlfeld 20 · 82211 Hersching · Telefon +49 (0) 81 52-93 11-77 · Telefax +49 (0) 81 52-93 11-22 · vertrieb@energie-und-management.de · www.energie-und-management.de



STROM TERMINMARKT



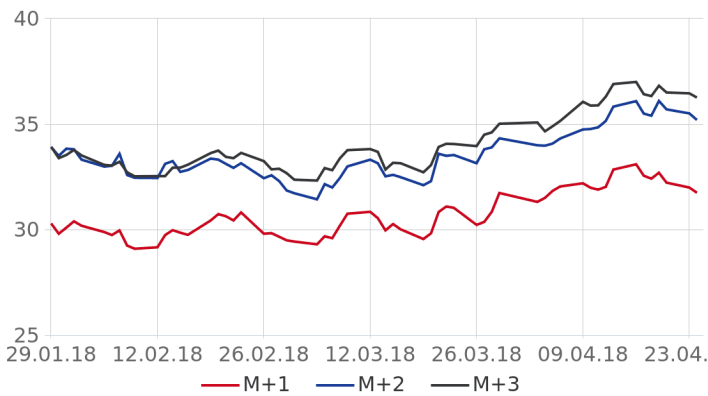
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Datum	Kontrakt	Preis
M1	24.04.18 00:00	German Power May-2018	31,75
M2	24.04.18 00:00	German Power Jun-2018	35,20
M3	24.04.18 00:00	German Power Jul-2018	36,26
Q1	24.04.18 00:00	German Power Q3-2018	37,13
Q2	24.04.18 00:00	German Power Q4-2018	42,08
Q3	24.04.18 00:00	German Power Q1-2019	42,02
Y1	24.04.18 00:00	German Power Cal-2019	37,83
Y2	24.04.18 00:00	German Power Cal-2020	36,88
Y3	24.04.18 00:00	German Power Cal-2021	36,88

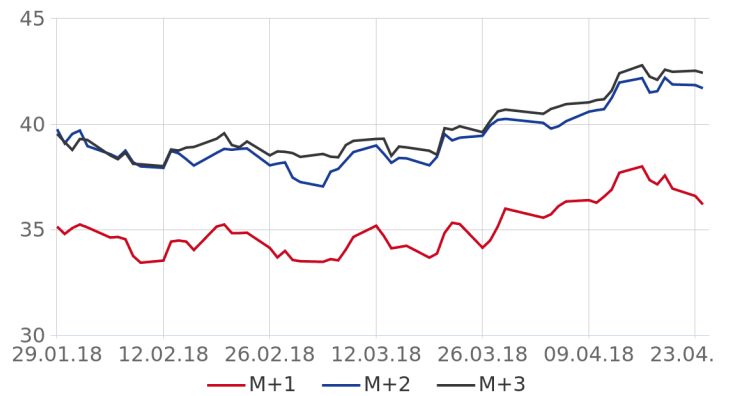
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Datum	Kontrakt	Preis
M1	24.04.18 00:00	German Power May-2018	36,20
M2	24.04.18 00:00	German Power Jun-2018	41,70
M3	24.04.18 00:00	German Power Jul-2018	42,43
Q1	24.04.18 00:00	German Power Q3-2018	43,66
Q2	24.04.18 00:00	German Power Q4-2018	53,53
Q3	24.04.18 00:00	German Power Q1-2019	53,32
Y1	24.04.18 00:00	German Power Cal-2019	46,68
Y2	24.04.18 00:00	German Power Cal-2020	45,45
Y3	24.04.18 00:00	German Power Cal-2021	46,56

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)





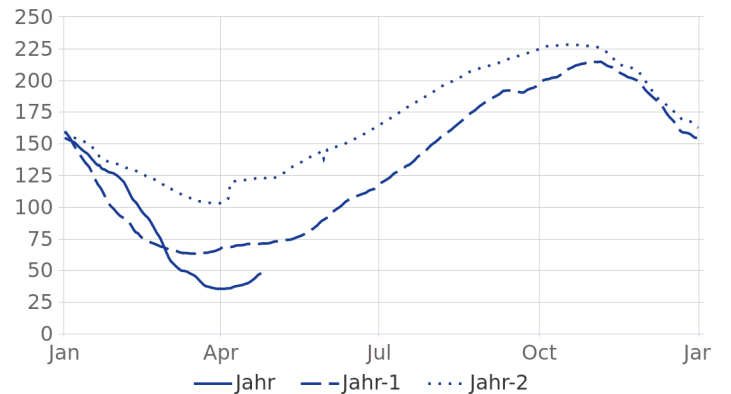
**GAS SPOT- UND TERMINMARKT, GASSPEICHER**



**Spotmarkt NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)**



**Gasspeicher-Füllstand DE in TWh (Gas Storage Inventory)**



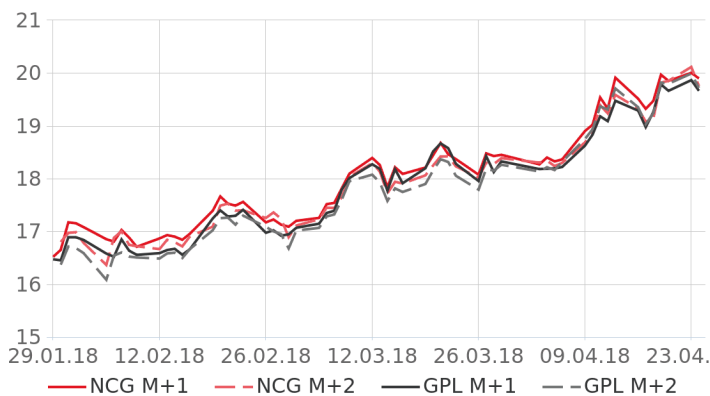
**Terminmarktpreise NCG in Euro/MWh (EEX)**

	Datum	Kontrakt	Preis
DA	24.04.18 00:00	German NCG Gas DA	19,84
M1	24.04.18 00:00	German NCG Gas May-2018	19,90
M2	24.04.18 00:00	German NCG Gas Jun-2018	19,76
Q1	24.04.18 00:00	German NCG Gas Q3-2018	19,77
Q2	24.04.18 00:00	German NCG Gas Q4-2018	20,38
S1	24.04.18 00:00	German NCG Gas Winter-2018	20,50
S2	24.04.18 00:00	German NCG Gas Summer-2019	17,52
Y1	24.04.18 00:00	German NCG Gas Cal-2019	18,55
Y2	24.04.18 00:00	German NCG Gas Cal-2020	17,28

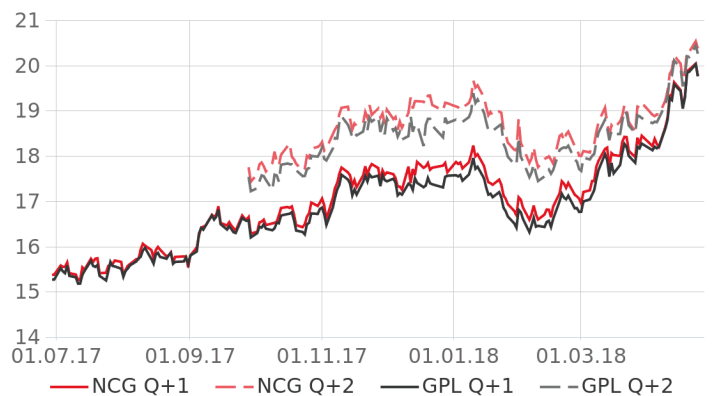
**Terminmarktpreise GPL in Euro/MWh (EEX)**

	Datum	Kontrakt	Preis
DA	24.04.18 00:00	Gaspool Gas DA	19,84
M1	24.04.18 00:00	Gaspool Gas May-2018	19,66
M2	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Jun-2018	19,72
Q1	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Q3-2018	19,76
Q2	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Q4-2018	20,26
S1	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Winter-2018	20,33
S2	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Summer-2019	17,47
Y1	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Cal-2019	18,40
Y2	24.04.18 00:00	Gaspool Gas Cal-2020	17,16

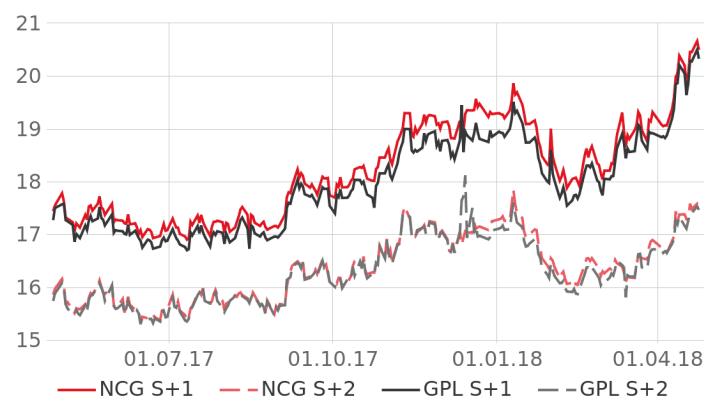
**Frontmonate NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)**



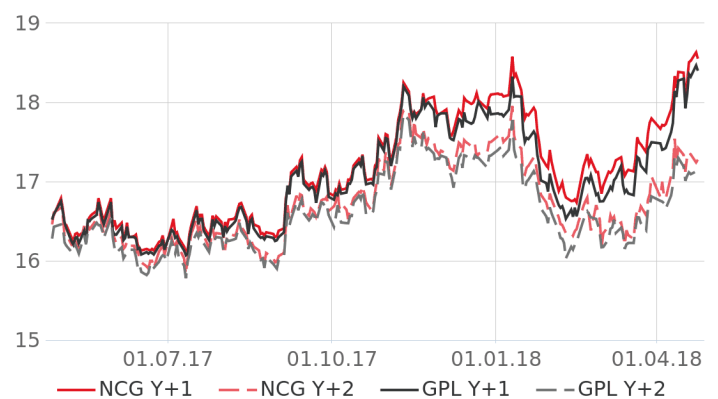
**Frontquartale NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)**



**Frontseasons NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)**



**Frontjahre NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)**



## MARKT

## Strom: Leichte Korrektur

Die Terminnotierungen im deutschen Stromhandel gaben am Mittwoch etwas nach, ein Abwärtstrend scheint jedoch noch auszubleiben. **VON ANDREAS KÖGLER**

**MARKTKOMMENTAR.** Das Jahresband Baseload 2019 verbilligte sich im OTC-Terminhandel laut Broker-Daten um 20 Cent auf 37,75 Euro/MWh, der Frontmonat Mai Baseload rutschte um 20 Cent auf 31,50 Euro/MWh ab. Marktteilnehmer verwiesen bei der Preisanalyse auf schwächere Vorgaben aus dem Kohlehandel, die allerdings durch zuletzt gestiegene CO<sub>2</sub>-Preise abgemildert wurden. Insgesamt befindet sich der Strom-Terminhandel in einer

stabilen Seitwärtsbewegung, hieß es. Bewegung könnte es erst im kommenden Jahr geben: Laut einer Analysten-Prognose könnten die Kohlepreise 2019 um mehr als 10 % absacken. Im OTC-Spohandel wurde Baseload für Donnerstag bei 31,40 Euro/MWh verkauft, Peakload kostete 31,50 Euro/MWh. Das im Vergleich zu gestern etwas festere Preisniveau begründeten Händler mit einer geringeren Windprognose.

## Gas: Kühles Wetter beflügelt

In Erwartung weiter sinkender Temperaturen ist die Gasnachfrage am Mittwoch weiter angestiegen, wodurch die Märkte mehrheitlich fester tendiert haben. **VON KAI ECKERT**



**MARKTKOMMENTAR.** Vor allem am kurzen Ende nahmen die Notierungen zu, erklärte ein Marktbeobachter. Nach Angaben von Marktteilnehmern habe sich das britische Gassystem weiter verengt, nachdem Probleme an den Gasleitungen aus Norwegen gemeldet wurden und sich die Gaslieferungen deshalb etwas verringert haben. Entscheidend sei aber vor allem die kühlere Witterung, die für die heutigen Preisaufschläge verantwortlich sei, hieß es aus Handelskreisen. Im kontinentalen Handel zogen die Preise dagegen nur moderat an.

Am britischen NBP legte der Day Ahead um 0,75 p auf 51,50 p/th (umgerechnet 20,11 Euro/MWh) zu, Lieferungen für Mai verteuerten sich um 0,30 p auf 50,90 p/th (19,87 Euro/MWh). Im deutschen Marktgebiet von NCG verteuerte sich der Day Ahead um 3 Cent auf 19,83 Euro/MWh, der Mai-Kontrakt sieg auf 19,90 Euro/MWh und lag damit ebenfalls 3 Cent im Plus.

(1 Euro = 0,8739 GBP)

### Impressum

**E&M daily** ist eine Publikation der **Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH**. Schloß Mühlfeld 20, 82211 Herrsching.

**Herausgeber und Verleger:**  
Helmut Sendner

**Chefredakteur:** Stefan Sagmeister

**Chefreporter:** Ralf Köpke, Essen,  
Telefon 0201/40 21 70

### Redaktion Herrsching

Andreas Kögler, Telefon 0 81 52/93 11 21  
Armin Müller, Telefon 0 81 52/93 11 44  
Heidi Roeder, Telefon 0 81 52/93 11 28  
Jonas Rosenberger, Telefon 0 81 52/93 11 18  
Timo Sendner, Telefon 0 81 52/93 11 10

### Redaktion Berlin

Angelika Nikionok-Ehrlich,  
Telefon 0 30/85 07 50 20  
Peter Focht, Telefon 0 30/89 74 62 65

### Redaktion Hamburg

Kai Eckert, Telefon 04101/86 929 95

### Redaktion Frankfurt

Fritz Wilhelm, Telefon 06007/93 960 75

Diese Publikation und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig und wird strafrechtlich verfolgt. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Weitergabe in elektronischer oder gedruckter Form. Die **E&M daily** dient reinen Informationszwecken - die Inhalte stellen ausdrücklich keine Handlungs- oder Unterlassungsempfehlungen dar. Für die Exaktheit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten-Inhalte kann keinerlei Gewähr übernommen werden. Jegliche Haftung gegenüber dem Kunden ist ausgeschlossen.

Die Handels- und Marktdaten werden bereitgestellt von der **MONTEL** GmbH.

Die grafische Aufbereitung der Daten obliegt der DataFabricator GmbH.

Die Preis-Prognosen werden bereitgestellt von der ProCom GmbH.

Bei Fragen an die Redaktion oder zum Abonnement wenden Sie sich bitte an  
Tel. +49 (0) 81 52/93 11-77  
E-Mail: [daily@energie-und-management.de](mailto:daily@energie-und-management.de)